

WR-KOMMENTARE

Recht auf Inklusion

Beide Seiten können profitieren

Von Katja Sponholz



Inklusion? Das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern? Vorbehaltlos und völlig selbstverständlich? Wunderbar! Doch in der Schulwelt von heute noch die Ausnahme.

Dieses Bild gibt es längst noch nicht so, wie Eltern betroffener Kinder und Behindertenverbände es sich wünschen. Weder in den Gesetzen, noch in den Köpfen. Und beides muss sich ändern.

Ein bloßer Erlass des Ministeriums reicht längst nicht aus. Solange sich Behörden und Schulen darauf zurückziehen können, dass es zwar wünschenswert aber eben gerade mal nicht machbar ist, können die eigenen Vorbehalte schnell hinter mehr oder minder fadenscheinigen Argumenten versteckt werden. Und die Eltern stehen wieder mal alleine da und müssen sehen, wie und ob sie für die Gleichberechtigung ihrer Kinder noch weiter kämpfen können.

Erst wenn die Forderung nach Inklusion auch im Schulgesetz verankert ist, wird aus dieser UN-Konvention auch ein geltendes Recht im Alltag. Und vielleicht ändert sich ja dann auch die Perspektive in einigen Schulen, die in Sachen Inklusion noch Nachholbedarf haben: Dass es nämlich nicht darum geht, Defizite aufzuzeigen, sondern dass es grundsätzlich das Ziel sein muss, Ressourcen zu entdecken, Schätze zu fördern.

Denn das gemeinsame Lernen funktioniert auch gegenseitig: Wer mit Behinderten aufwächst, kann Empathie und Verständnis für Menschen entwickeln, die schwächer sind. Die anders sind. Davon würde unsere gesamte Gesellschaft nur profitieren.

Aus dem Vollen schöpfen

Kraft braucht erstklassige Minister

Von Theo Schumacher



Es war nur ein Experiment, man muss es nicht wiederholen. SPD und Grüne haben in NRW mit einigem Geschick und Erfolg aus einer Position der Minderheit agiert und wechselnde Mehrheiten im Landtag organisiert. Das ist nun vorbei. Die Koalition kann künftig mit satter Mehrheit allein regieren, ihr Schicksal hängt nicht mehr vom Wohlwollen der Opposition ab. Mehr Macht heißt aber auch: mehr Verantwortung. Dem muss der Koalitionsvertrag Rechnung tragen. Die Politik der nächsten fünf Jahre muss den Geist der Konsolidierung atmen, die Sanierung der Landesfinanzen zum zweiten Leitmotiv der Regierungskraft werden. Das Kunststück wird sein, ihre milliardenschwere Politik der Prävention zu den Bedingungen der Schuldenbremse zu finanzieren. Das geht nicht ohne konsequenten Sparkurs, denn üppige Steuereinnahmen sind nicht bis 2017 garantiert.

Mehr Verantwortung: das gilt auch für die Köpfe. Vor zwei Jahren scheuten kompetente Minister-Kandidaten von außen den Wechsel in ein instabiles Minderheitskabinett. Jetzt kann Kraft aus dem Vollen schöpfen und mindestens einen Fünf-Jahres-Job im wichtigsten Bundesland bieten. Es geht darum, den Wirtschafts- und Industriestandort zu sichern, die Energiewende zu meistern oder die Hochschulen im Land zukunftsfähig zu machen. Nur drei Beispiele. Mit zweitklassigem Personal werden erstklassige Lösungen nicht möglich sein.

WR Westfälische Rundschau

Chefredakteur: Malte Hinz.
Stellvertreter: Frank Fligge.
Chef vom Dienst: Peter Schröder, Manuel Amor (Stellvertreter).
Leitende Redakteure: Torsten Droop (Newsdesk), Christoph Bauer (Stellv.).
Redaktion:
Politik: Dr. Petra Kappe, Marc-André Podgornik. **Wirtschaft:** Jens Helmecke. **Land und Region:** Katja Sponholz (Leitung), Melanie Pothmann (Stellv. Ltg., Reportage), Barbara Allebrodt, Dennis Betzholz, Heinz Krischer, Carsten Menzel, Jürgen Pothhoff, Michael Schmitz. **Kultur:** Rolf Pfeiffer, Simone Melenk. **Sport:** Nils Hotze, Rene Schröder. **Grafik/Foto:** Helge Hoffmann.
Korrespondenten: Miguel Sanchez, Dr. Julia Emmrich, Daniel Freudenreich (Berlin); Dr. Tobias Blasius, Wilfried Goebels, Theo Schumacher (Düsseldorf), Knut Pries (Brüssel); Dr. Jasmin Fischer (London); Gerd Niewerth (Paris); Eva Arndt (Rom). Dirk Hautkapp (Washington).
Online: WAZ New Media GmbH & Co. KG;
Anschrift der Zentralredaktion: RUNDSCHAU-HAUS, Brüderweg 9, 44047 Dortmund, Tel. 0231 9573-0, Fax 0231 9573-1364 E-Mail: zentralredaktion@wr.de
Anzeigenleitung und verantwortlich für Anzeigen: Christian Klauke, Anschrift wie

Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 37, WAZ-Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Freitags mit rtv, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen und Vertrieb: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft, E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstraße 34-38; Fax 0201 804-2418 Anzeigen E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de
Vertrieb und Leserservice: Tel. 01802 404076; Fax: 01802 404086 (6 Cent pro Anruf/Fax aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 0,42€/Min.); E-Mail: leserservice@wr.de Ein Titel der WAZ-Mediengruppe
Verlag: Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG Essen-Dortmund, Ostenhellweg 42-48, 44135 Dortmund, Telefon 0231 9573-0
Geschäftsführer: Manfred Braun, Christian Nienhaus
Druck: Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, Hohensyburgstr. 67, 58099 Hagen Für die Herstellung der Westfälischen Rundschau wird Recycling-Papier verwendet.

THEMA DES TAGES



Gestern Abend bei Günther Jauch (Mitte): Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD, links) und Autor Thilo Sarrazin (SPD). Das Thema der Talksendung lautete „Brauchen wir den Euro wirklich?“

FOTO: ADAM BERRY

Rückkehr eines Provokateurs

Nach der Integration nimmt sich Thilo Sarrazin den Euro vor. Das Buch ist noch nicht erschienen, da melden sich schon die Kritiker

Von Winfried Dolderer

Berlin. Das Buch ist noch nicht auf dem Markt. Aber dass es nichts anderes als den schärfsten möglichen Verriß verdient, das steht für Wolfgang Schäuble schon jetzt außer Frage. „Entweder redet und schreibt Sarrazin aus Überzeugung einen himmelschreienden Blödsinn“, grollt der Finanzminister, „oder er macht es mit einem verachtenswerten Kalkül.“

Der Zorn des Ministers lässt sich nachvollziehen. Zählt doch Schäuble zu jenen, die sich von Thilo Sarrazins Furor direkt betroffen fühlen müssen. Dessen Kernthese in seinem neuen Buch „Europa braucht den Euro nicht“ lautet: Der Euro ist aus Sicht seiner Befürworter nicht einfach eine Währung. Er war stets ein von, wie Sarrazin sich ausdrückt, „reiner Ideologie“ getriebenes Projekt.

Ist Europas Einheit nur Religionsersatz?

Als ideologisch empfindet Thilo Sarrazin die Vorstellung eines immer engeren Zusammenwachsens der europäischen Völker trotz real existierender Unvereinbarkeiten mit dem Endziel der „Vereinigten Staaten von Europa“. Und die Überzeugung, dass es auf diesem Wege immer nur vorwärts gehen dürfe. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, ist seit zwei Jahren die Parole der Euroretter. Für Sarrazin ist solches

Denken „europäische Eschatologie“, Heilsersatz, „Religionsersatz“.

Wieder also ein neues Buch des vom Boulevard zum „Klartext-Autor“ Geadelten. Wieder ein knalliger Titel. Vor zwei Jahren: „Deutschland schafft sich ab“. Diesmal: „Europa braucht den Euro nicht“. Am Dienstag soll das

» Er schreibt Blödsinn – entweder aus Überzeugung, oder aus Kalkül «

Werk in Berlin vor der Öffentlichkeit enthüllt werden. Doch schon jetzt ist der mediale Wellenschlag gewaltig.

Gestern Abend war der Sozialdemokrat Sarrazin mit seinem Parteifreund Peer Steinbrück zum Disput bei Günther Jauch geladen. Gleichzeitig liegen seine Thesen als Vorabdruck im „Focus“ vor. Sagen lässt sich zumindest: Das Buch kommt inmitten der neu aufgeflamten Krisen-debatte nach den Wahlen in Griechenland und Frankreich exakt zum richtigen Zeitpunkt.

Dabei enthält es dem Vorabdruck nach zu urteilen kaum originelle Erkenntnisse. Nichts, was man aus der bekannten Riege der Euro-Skeptiker von Hans-Olaf Henkel über Joachim Starbatty bis Peter Gauweiler nicht bereits gehört hätte: Das Klagelied über die „Ideologen des europäischen Bundesstaates“, die mit ihrem „Wunschden-

ken“ den Kontinent in die Krise geführt und die stabilitätsbewussten Deutschen zu „Geiseln“ liederlicher Südländer gemacht hätten.

Ein Satz mit Erregungspotenzial

Wer seine Einwände nicht teilt, mit dem geht er eifern ins Gericht. Das trifft nicht zuletzt die Befürworter von „Eurobonds“, gemeinsamen europäischen Anleihen, bei den Grünen und in seiner eigenen Partei, der SPD. Hier ist der Punkt, wo sich der Zahlen- und Faktenhuber ins Gelände der Spekulation wagt: Sie seien „getrieben von jenem sehr deutschen Reflex, wonach die Buße für Holocaust und Weltkrieg erst endgültig getan ist, wenn wir alle unsere Belange, auch unser Geld, in europäische Hände gelegt haben“, mutmaßt er. Gäbe es nirgends sonst einen Satz mit Erregungspotenzial: Dies ist einer.

350 000 Startauflage

■ Sarrazins neues Buch zum Euro geht mit einer Auflage von 350 000 Exemplaren an den Start. Der Handel habe bereits 200 000 Stück geordert, so der Verlag DVA.

■ Sein erstes Buch „Deutschland schafft sich ab“ ging 1,3 Millionen Mal über den Ladentisch, plus 100 000 Stück als Taschenbuch.

LESERBRIEFE

Wie ein Getriebener

Betr.: CDU Die Art und Weise, wie die Kanzlerin Herr Röttgen aus dem Amt gedrängt hat, spricht Bände und erlaubt Rückschlüsse auf den miserablen Zustand der Koalition! Röttgen trägt für das Wahldesaster nicht die alleinige Verantwortung! Hier wurde in erster Linie über die NRW-Politik abgestimmt; und es haben alle Unionisten verloren! Und da die Wahl im größten Bundesland immer schon bundespolitische Bedeutung besaß, können auch die Auswirkungen auf die in Berlin dilettantisch regierende Koalition nicht kleingeredet werden! Im Falle eines CDU-Sieges hätte man mit Sicherheit von „Rückenwind“ für Frau Merkel gesprochen! Den Rauschmiss des Umweltministers sehe ich als Befreiungsschlag für Merkel, der nur von ihrer Konzeptlosigkeit ablenken sollte! Dieses Projekt wurde ja Knall auf Fall von der Chefin selbst ins Leben gerufen. Und wer unter dem Eindruck schlechter Wahlergebnisse und reichlich Gegenwind auch seine eigenen Felle schwimmen sieht, handelt nicht rational, sondern wie ein Getriebener!

Karl Josef Knoppik, Meschede

Betr.: Röttgen Was soll das Gejammer um Herrn Röttgen. Er hat doch selbst seinem Ministeramt in Berlin, zugunsten eines ev. Wahlsiegs in NRW, den Rücken gekehrt. Er war so naiv zu glauben, er würde die Wahl – mit gebetsmühlenartiger Schuldenleiher als Programm – gewinnen und wenn nicht sein Amt in Berlin zurückbekommen.

Regina Pick, Schalksmühle

Wahrheit ertragen

Betr.: Sterbehilfe Eine Allensbachumfrage hat ergeben, dass ein Drittel der deutschen Ärzte „aktive“ Sterbehilfe als Ausdruck einer humanen Gesellschaft und nicht als unethisch empfindet. 91 % aller Franzosen befürworten laut Umfrage „aktive“ Sterbehilfe. Die belgische Sterbehilfevereinigung „Recht auf würdiges Sterben“ hat auch für Kinder den Anspruch auf „aktive“ Sterbehilfe durch einen Arzt nach dem „Euthanasie-Gesetz“ von 2002 gefordert. „Ein an Krebs erkranktes Kind leidet wie ein Erwachsener“, betonte sie. Das ist die Wahrheit, wir müssen sie ertragen, auch, wenn sie uns nicht passt.

Manfred Neuhaus, Olpe

Westfälische Rundschau - Leserforum - Brüderweg 9

44047 Dortmund
 Fax 0231 9573-1364
 E-Mail: leserforum@wr.de
 Wir behalten uns das Recht auf Kürzung vor. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt.

GUTEN MORGEN

Kevin Perez heißt der Kleine

Von Rolf Pfeiffer

Als wir uns trafen, wirkte mein alter spanischer Freund Antonio unerwartet ernst. Und das lag nicht an der wirtschaftlichen Großwetterlage. Nein, der Grund war ein anderer. In Antonios großer Sippe war Nachwuchs angekommen, ich glaube, bei den Perez. Als Vornamen hätte also ein Pedro gepasst, oder ein Ignacio. Ein Antonio natürlich auch. Doch was macht die junge Familie? Kevin. Kevin! Kevin Perez.

Was lehrt uns das? Erstens: Manche Namenmoden kennen keine Grenzen. Zweitens: Die Kevins dieser Welt werden immer mächtiger. Seherisch versprach Kabarettist Thomas Pigor schon vor Jahren in einem Lied „Die Kevins haun uns raus“. Hoffen wir's. Und weiß vielleicht jemand, wie das auf Spanisch heißt?



Mutti, er zuckt noch!

Zeichnung: Thomas Plaßmann